



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 104-2021
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.173

Eingereicht am: 07.06.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Ritter (Burgdorf, glp) (Sprecher/in)
Wildhaber (Rubigen, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 10.06.2021

RRB-Nr.: 959/2021 vom 25. August 2021
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme**

Überprüfung des Einbaus von CO₂-Sensoren in Schulzimmern

Dem Regierungsrat wird der Auftrag erteilt zu prüfen, ob in Schulräumen im Kanton Bern CO₂-Sensoren eingebaut werden sollen, um die Luftqualität insbesondere während Pandemien zu überwachen. Geprüft werden sollen die Frage hinsichtlich Verhältnis von Kosten und Nutzen, Zuständigkeiten und Umsetzungsmöglichkeiten. Räume, in denen ältere Lernende unterrichtet werden (Tertiärstufe, Sekundarstufe II) können gegebenenfalls prioritär in den Fokus genommen werden. Weiter soll abgeklärt werden, wie der Einbau umgesetzt oder gefördert werden kann, wenn der Kanton nicht oder nicht direkt Träger der fraglichen Schule ist.

Begründung:

Es ist anerkannt, dass bei der COVID-19-Pandemie der Erreger primär über Aerosole übertragen wird, während andere Übertragungswege (etwa Schmierinfektionen) vermutlich eine Randerscheinung sind. In den oft dicht bestuhlten Unterrichtsräumen herrschen deshalb relativ gute «Biotope» für solche Erreger. CO₂-Sensoren sind eine technische Möglichkeit, um die Luftqualität neuzeitlich zu überwachen. Da ihr flächendeckender Einbau beträchtliche Kosten auslösen würde, schlagen die Postulanten vor, zunächst die genauen Umstände einer solchen Aktion in verschiedener Hinsicht zu prüfen.

Begründung der Dringlichkeit: Es ist zumindest möglich, leider nicht unwahrscheinlich, dass die COVID-19-Pandemie in Ausläufern noch lange nachwirkt. Deshalb ist in der Frage Dringlichkeit geboten, um möglichst rasch greifbare Resultate zu haben und darauf basierend politische Entscheide zu ermöglichen.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat kann das Anliegen der Postulanten gut nachvollziehen. Wie er bereits bei der Beantwortung der Motion 109-2021 erläutert hat, will er die Arbeiten zur Ausrüstung der Schulräume (Sekundarstufe II) mit einem CO₂-Messgerät angehen. Für die Umsetzung wird der Regierungsrat ein pragmatisches und möglichst kostenneutrales Vorgehen wählen und gemäss dem Kosten-Nutzenverhältnis beurteilen, inwiefern die Geräte beispielsweise mobil verwendet werden können. Der Regierungsrat verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass derzeit die erwähnten Investitionskosten nicht in der Finanzplanung enthalten sind. Er hat zudem eine Abwägung vorgenommen zwischen den Investitionskosten für die Messgeräte sowie allenfalls notwendigen Massnahmen zur Verbesserung der Lüftung und den Gesundheitskosten, die mit einer allfälligen Zunahme der Verbreitung von Covid-19-Infektionen einhergehen könnten. Im Rahmen der Abklärungen werden auch die Gemeindeautonomie im Volksschulbereich sowie die (teilweise) privaten Trägerschaften auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe zu berücksichtigen sein.

Verteiler

– Grosser Rat